



**Benzin teurer**  
Wer Benzin tankt, zahlt ab heute mehr: Der 95er kostet 1,7 Cent mehr pro Liter. Beim 98er sind es 1,6 Cent.

Donneschdeg,  
24. März 2016  
Journal

# Finstere Minen

Europäisches Semester: Die Sozialpartner tauschten sich mit Regierung aus



Pensionen, Index, Produktivität: Reizwörter für die Gewerkschaftsseite, die der EU-Kommission falsche Feststellungen vorwarf



„Fragil“ stehe man da in vielen Hinsichten, mahnten dagegen die Arbeitgeber besorgt

LUXEMBURG  
ANNETTE DUSCHINGER

Ende Februar hat die Europäische Kommission im Rahmen des europäischen Semesters ihre neuen analytischen Berichte für die Mitgliedsländer veröffentlicht. Die wirtschaftliche Situation Luxemburgs sieht sie positiv mit Wachstumsraten des BIP von 4,7 Prozent (2015), 3,8 Prozent (2016) und 4,4 Prozent (2017) sowie einem jährlichen Beschäftigungszuwachs von 2,6 Prozent. Sie gab Luxemburg drei Empfehlungen (s. Info-Box) mit auf den Reform- und Haushalts-Weg. Gestern diskutierten die Sozialpartner sie mit der Regierung und wie gewohnt gingen die Meinungen weit auseinander.

Premierminister Xavier Bettel führte als Prioritäten der Regierung die Bekämpfung der Staatsschuld und der Arbeitslosigkeit an. Erste Resultate seien auch da: Der Staat spare und funktioniere effizienter, wobei die Investitionen hoch gehalten würden. Die Arbeitslosigkeit sinke. „Beim digitalen Handel müssen wir besser werden. Das ist eine Riesenchance.“ Dieser Zug sei noch nicht fort, man müsse aber nun aufspringen.

Mittlerweile kam die Steuerreform Wirtschaftsminister Etienne Schneider strich zunächst hervor, dass Luxemburg beim Haushaltsdefizit zu den fünf Mitgliedsländern in der EU gehöre. Die Einschätzung, dass Luxemburg bei Besteuerung, Pensionen und Lohnbildung nur sehr begrenzt Fortschritte gemacht hätte, konnte er nicht teilen. „Wir haben mittlerweile eine Steuerreform gemacht und es wurde nicht berücksichtigt, dass wir die TVA erhöht haben, massiv vor allem beim Alkoholausschank und auf Immobilieninvestitionen.“

Er verwies auch auf die Pensionsreform von 2013, die noch in diesem Jahr evaluiert werde. Die berufliche Wiedereingliederung wurde schon reformiert und die der Vorruhestandsregelungen sei unterwegs. „Wir haben uns engagiert, dass bis 18 nicht mehr als eine Indexrate pro Jahr anfallen darf und der Wirtschafts- und Sozialrat wurde mit einer Analyse der Produktivität als Basis der Lohnbildung befasst.“

Die Kommission hatte sich zudem mit einer Bestandsaufnahme bei den nationalen Zielen innerhalb der Strategie „Europa 2020“ befasst. Luxemburg müsse sich noch mehr anstrengen

in den Bereichen Forschung und Entwicklung, der Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, der erneuerbaren Energien und dem Armutsrisiko. Auch hier wusste Schneider allen Mahnungen Maßnahmen der Regierung entgegenzusetzen.

„Wir haben es fertiggebracht, das Wachstum der Kosten beim Staat auf drei bis vier Prozent zu halbieren“ sagte Finanzminister Pierre Gramegna. „Auf Länder, die die europäischen Regeln einhalten, wird sehr streng geschaut, auf Länder, die sich nicht daran halten, nicht“, ärgerte er sich. Wegen der BEPS sei man zu Unrecht exzessiv von der Kommission attackiert worden. „Wir brauchen uns nicht zu schämen, denn wir haben uns Transparenz auf die Fahne geschrieben.“

Fragile, offene Wirtschaft in einem unsicheren internationalen Umfeld Während die Regierung sich also gestern auf dem guten Weg sah, kamen von Seiten der Ar-

beitgeberverbände viele Bedenken. UEL-Präsident Michel Wurth brachte es auf den Punkt: „Wir haben ein super Wirtschaftswachstum, aber wie weit geht das auch weiter so und was sind die Konsequenzen? Wir hängen als offene Wirtschaft sehr stark vom internationalen Umfeld ab und da gibt es viele Fragezeichen“, dämpfte er die Stimmung. Stichwort: Finanzplatz, Energiepreis, geopolitische Spannungen durch die Kriege im Nahen Osten und Osteuropa, Flüchtlinge, Aufstieg populistischer und anti-europäischer Kräfte, „Brexit“ oder auch „Schengxit“.

Das bei Themen wie Pensionen, Index und Produktivität die Gewerkschaften gestern rot sahen, überraschte nicht. So bezeichnete OGBL-Präsident André Roeltgen es als „starkes Stück“ der Kommission, dass die Lohnbildung durch den Index die Wettbewerbsfähigkeit belaste. Man dürfe nicht die nominalen Lohnkosten vergleichen, sondern müsse die realen nehmen. „Wir fordern, dass dieser falsche Indikator der Kommission mitgeteilt wird.“ Dass die Produktivität in Krisenzeiten sinke, sei derweil nur normal.

Was die Pensionen angeht, so solle man sich nicht den Kopf zerbrechen, was 2060 sei. „Ich finde es nicht seriös, über das BIP von 2060 zu spekulieren in aller Unwissenheit über die demografische Entwicklung und die Lebenserwartung.“ Es sei auch unbelegt und eine falsche Feststellung der Kommission, dass die Arbeitslosenunterstützung zu großzügig sei und zu wenig Anreize biete, Arbeit zu suchen. „Nur 40 Prozent der Arbeitslosen erhalten überhaupt etwas“, sagte Roeltgen. „Die Entschädigung muss erhöht und verlängert werden.“

## „Wir unterstützen, was die Regierung in Sachen Wohnungsbaue macht“

PATRICK DURY, LCCB-Präsident

Die Empfehlungen zum Pensionssystem und zur Lohnbildung seien ernstzunehmen. „Wir haben drei strukturelle Probleme“, sagte Wurth. Das Pensionssystem bringe langfristig eine Belastung von bis zu sechs Prozent des BIP. „Bei einem BIP von 50 Milliarden Euro sind das drei Milliarden jedes Jahr - je eine Milliarde für die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber und den Staat.“ Die Lohnstückkosten seien schneller gestiegen als in anderen Ländern. Und drittens dann die Kosten der Wohnungen. „Wir müssen die administrative Vereinfachung vorantreiben, der Wohnungsbau geht so langsam, weil zu viele eingebunden sind.“

Fragil seien auch die Steuereinnahmen. Und: „Wir haben Hochkonjunktur, der Zentralstaat

### NEWS

**2,3 Millionen Fördergeld**  
LUXEMBURG Prof. Dr. Lionel Briand, Vizedirektor des Forschungszentrums SnT (Interdisciplinary Centre for Security, Reliability and Trust) an der Universität Luxemburg, wurde als erster Luxemburger Forscher mit dem renommierten „Advanced Grant“ des Europäischen Forschungsrats (ERC) für seine Forschung im Bereich „Software-Sicherheit und -Zuverlässigkeit“ ausgezeichnet. Der ERC Advanced Grant ist die prestigeträchtigste Forschungsförderung der EU. Briand werden über die nächsten fünf Jahre etwa 2,3 Millionen Euro an Fördergeldern zur Verfügung gestellt.

### Neun in Kurzarbeit

LUXEMBURG Unter dem Vorsitz der Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, Francine Cloesener, tagte gestern das Konjunkturkomitee. Neun von zehn Betrieben, die im März Kurzarbeit beantragten, soll diese gewährt werden. 472 von insgesamt 990 Arbeitnehmern sind davon betroffen und maximal 479.000 Euro wird es den Beschäftigungsfonds im April kosten. Endgültig befindet darüber nun der Regierungsrat. Auf ein zustimmendes Gutachten trafen des Weiteren 13 Anträge auf den „Ajustement“-Vorruchstand.

### Staatsrat archiviert

LUXEMBURG Das Nationalarchiv (ANLUX) hat in Zusammenarbeit mit dem Staatsrat mehr als 220.000 historische Originalseiten auf der Webseite www.anlux.lu zum freien Zugang online gesetzt. Die aus den Jahren 1856 bis 1940 stammenden Akten umfassen die Gutachten des Staatsrats zu nationalen und internationalen Themen: Gesetze und Verordnungen sowie internationale Verträge. Die Archive sind authentische Zeitzeugen von 160 Jahren Ausarbeitung von Normen luxemburgischen Rechts und reflektieren die Positionen der Staatsräte dazu. Weitere 20.000 Archivseiten wurden digitalisiert und stehen exklusiv im Lesesaal des Nationalarchivs zur Einsicht bereit, da es sich dabei unter anderem um Urteile in verwaltungsrechtlichen Streitsachen handelt, die persönliche Daten enthalten. Kontakt dafür ist die Konservatorin Corinne Schroeder: corinne.schroeder@an.etat.lu oder unter Tel.: 247-86683.

### EUROPÄISCHE KOMMISSION

#### Drei Empfehlungen

1. Luxemburg muss seine Besteuerungsgrundlagen erweitern, vor allem den Konsum, die Immobilienwerte und die Umwelt betreffend
2. Luxemburg muss die Kluft zwischen legalem Pensionsalter und tatsächlichem Rentenalter schließen: Die vorgezogenen Ruhestände begrenzen und das legale Pensionsalter an die Lebenserwartung anpassen
3. Luxemburg muss die Art wie die Löhne gebildet werden reformieren, damit sie sich in Absprache mit den Sozialpartnern und konform zu den nationalen Praktiken - der Produktivität entsprechend entwickeln, vor allem sektoriell gesehen

### Infobroschüre zu Au-pair

LUXEMBURG Seit Februar 2013 gibt es einen gesetzlichen Rahmen für junge Au-pairs: Sprachen lernen und die Allgemeinbildung verbessern, während auf Kinder aufgepasst und leichte Hausarbeit verrichtet wird. Der Nationale Jugenddienst als Organ der Koordination und Kontrolle solcher Aufnahmen in die Familie hat nun eine Broschüre mit Erfahrungsberichten sowohl der Au-pairs als auch der Familien herausgebracht. Sie soll als Information nicht zuletzt über die Regeln dienen. Sie kann bei nina.mabenga@snj.lu angefordert oder auf der Webseite www.accueil-aupair.lu heruntergeladen werden.